



# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

02. November 2020

## Afghanistan

### COVID-19-Pandemie

Nach zwei Monaten, in denen die Zahl der bestätigten COVID-19-Fälle durchweg niedriger war, bestätigen neue Daten des afghanischen Gesundheitsministeriums den erwarteten Anstieg. Experten gehen davon aus, dass eine zweite Welle der Pandemie entweder bevorsteht oder bereits begonnen hat.

### Anschläge, Kampfhandlungen, zivile Opfer

Die UN Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) dokumentierte im Zeitraum 01.01.20 bis 30.09.20 5.939 zivile Opfer im Konflikt (2.117 Tote und 3.822 Verletzte). Dies sind 30 % weniger zivile Opfer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (8.470). Gründe für den Rückgang der Opferzahlen sind eine geringere Zahl von Selbstmordanschlägen durch Regierungsgegner und deutlich weniger Luftangriffe durch internationale Streitkräfte. Für 45 % der Opfer werden die Taliban verantwortlich gemacht, für 23 % die afghanischen Sicherheitskräfte. Die häufig in bewohnten Gebieten ausgetragenen Kämpfe führten dazu, dass 31 % aller zivilen Opfer Kinder und 13 % Frauen waren. Insgesamt war aber auch die Zahl der getöteten oder verletzten Kinder (1.848) gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 um 47 % niedriger. Eine Zunahme wurde aber bei der Rekrutierung und dem Einsatz von Kindern festgestellt. Nach Erkenntnissen der UNAMA wurden 155 Jungen rekrutiert (gegenüber 49 in den ersten drei Quartalen 2019), 144 davon von den Taliban, hauptsächlich im Norden und Nordosten.

Nach Recherchen der New York Times starben im Oktober 2020 bei sicherheitsrelevanten Vorfällen in unterschiedlichen Provinzen mindestens 369 Pro-Regierungskräfte und 212 Zivilisten. Letztgenannte Zahl sei die höchste Zahl an zivilen Opfern in einem einzelnen Monat seit September 2019.

Am Morgen des 02.11.20 stürmten mehrere Bewaffnete das Gelände der Kabuler Universität, Quellen sprechen von bisher sechs Verletzten. Die Taliban dementierten eine Beteiligung.

## Albanien

### Parlament überstimmt Veto des Präsidenten zum Wahlgesetz

Nachdem Staatspräsident Ilir Meta beim reformierten Wahlgesetz von seinem einmaligen Vetorecht Gebrauch gemacht hatte (vgl. BN v. 26.10.20), verabschiedete die Regierungsmehrheit im Parlament das Gesetz am 30.10.20 erneut. Änderungen wurden nicht vorgenommen. Der u.a. für Erweiterung zuständige EU-Kommissar sowie acht Fraktionsmitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament hatten sich zuvor laut Medienberichten an Premierminister Edi Rama mit der Forderung gewandt, mit der erneuten Verabschiedung auf die von Präsident Meta angeforderte Stellungnahme der Venedig-Kommission zu warten. Rama verweigerte dies mit Hinweis auf die am 25.04.21 anstehende Parlamentswahl. Die Meinung der Venedig-Kommission des Europarats könne erst nach der Wahl berücksichtigt werden.

## **Algerien**

### **Abstimmung über Verfassungsänderung**

Am 01.11.20 stimmte Algerien über eine neue Verfassung ab. Präsident Abdelmadjid Tebboune hatte mehr Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit versprochen und eine Kommission mit dem Entwurf einer neuen Verfassung beauftragt. In der neuen Verfassung sollen einige der von der Bevölkerung bei den seit Februar 2019 stattgefundenen Protesten geforderten Änderungen enthalten sein. So wird die Amtszeit eines Präsidenten auf zwei mal fünf Jahre beschränkt. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 23,7 %. Die Menschen sehen in der neuen Verfassung ihre Forderungen nicht erfüllt, wie z.B., dass die gesamte alte politische Elite durch neue Politiker ersetzt sowie die Korruption bekämpft werde und das Militär sich aus der Politik enthalte solle.

Präsident Tebboune soll sich seit 28.10.20 in einer Klinik in Deutschland aufhalten, nachdem er sich zuvor in Quarantäne und in einem Militärkrankenhaus in Algier befand. In seinem Umfeld waren mehrere Mitarbeiter positiv auf das Coronavirus getestet worden.

## **Armenien / Aserbaidschan**

### **Kämpfe in Berg-Karabach dauern weiter an**

Ungeachtet neuer Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts um Berg-Karabach gehen die Kämpfe in der Südkaukasus-Region weiter. Die Behörden vor Ort meldeten einen Beschuss der Hauptstadt Stepanakert und der Stadt Schuschi durch Aserbaidschan. Aserbaidschan beschuldigte die armenische Seite, die aserbaidchanische Region Terter mit Artillerie beschossen zu haben.

Der armenische Regierungschef Nikol Paschinjan bat den russischen Präsidenten Wladimir Putin brieflich um Gespräche über eine mögliche Unterstützung Russlands. Paschinjan verwies demnach darauf, dass die Kämpfe in Berg-Karabach immer näher an die armenische Grenze heranrückten. Russland unterhält in Armenien eine wichtige Militärbasis. Ein Vertrag regelt, in welchen Fällen Moskau seinen Verbündeten bei einer Bedrohung unterstützt. Das Außenministerium in Moskau erklärte den Angaben zufolge, Russland werde vertragsgemäß alle notwendige Hilfe leisten, sollten sich die Kämpfe auf armenisches Gebiet verlagern.

Die Behörden Berg-Karabachs warfen Aserbaidschan vor, gegen eine in der Nacht zum 31.10.20 in Genf erzielte Vereinbarung verstoßen zu haben. Das aserbaidchanische Verteidigungsministerium wies das zurück. Unter Vermittlung der sogenannten Minsk-Gruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatten beide Seiten Schritte für eine Deeskalation vereinbart. Konkret sagten die Außenminister Armeniens und Aserbaidschans zu, Angriffe auf Wohngebiete und zivile Anlagen zu vermeiden. Zudem sollten gefallene Soldaten und Listen der Kriegsgefangenen ausgetauscht werden, wie die OSZE mitteilte. Beide Seiten erklärten sich bereit, sich über Prüfmechanismen für eine Feuerpause zu verständigen. An dem Gespräch nahmen Vertreter Russlands, Frankreichs und der USA teil.

## **Bolivien**

### **Haftbefehl gegen Ex-Präsident Morales aufgehoben**

Rund eine Woche nach dem Sieg der Movimiento al Socialismo (MAS) bei der Präsidentenwahl in Bolivien (vgl. BN v. 26.10.20) ist der Haftbefehl gegen Ex-Präsident Evo Morales aufgehoben worden. Das Gericht begründete dies damit, dass Verfahrensvorschriften nicht eingehalten worden seien. So sei Morales von der Justiz nicht ordnungsgemäß vorgeladen worden und habe sich somit nicht gegen den Vorwurf der Rebellion und des Terrorismus verteidigen können. Morales war nach seiner von Manipulationsvorwürfen überschatteten Wiederwahl unter dem Druck von Massenprotesten und der Armee Ende 2019 zurückgetreten und ins Exil gegangen. Er sprach von einem Putsch und soll zum gewaltsamen Widerstand gegen die Übergangsregierung aufgerufen haben. Der neugewählte Präsident Luis Acre schloss eine Rückkehr von Morales in die Regierung jedoch aus.

## **Brasilien**

### **Führender Aktivist der Landlosenbewegung getötet**

Énio Pasqualin, führender Aktivist der brasilianischen Bewegung der Landarbeiter ohne Boden (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, abgekürzt MST), ist am 25.10.20 tot aufgefunden worden. Nach Meldungen, die sich auf aktuelle Medienberichte und Angaben der MST berufen, deuten Schussverletzungen auf ein Tötungsdelikt hin. Ferner habe die MST-Zentrale mitgeteilt, dass Pasqualin in der Nacht zuvor aus seinem Haus entführt worden sei. Aus Medienberichten geht auch hervor, dass Ermittler eine politisch motivierte Tat nicht ausschließen. Pasqualin hatte seine Tätigkeit für die MST 1996 begonnen. MST setzt sich für eine weitreichende Bodenreform ein und stellt auch soziale und politische Forderungen.

## **China**

### **Hongkong: Aktivisten festgenommen**

Beamte des mit Inkrafttreten des neuen Sicherheitsgesetzes eingerichteten Hongkonger Sicherheitsbüros nahmen am 27.10.20 in der Nähe des US-Konsulats den Aktivist Tony Chung fest. Berichten zufolge hatte Chung in dem Konsulat Asyl beantragen wollen. Nach einer Gerichtsentscheidung vom 29.10.20 bleibt der 19-Jährige bis zu seiner nächsten Anhörung vor Gericht am 07.01.21 in Untersuchungshaft. Er ist u.a. wegen Sezession angeklagt. Chung gehörte der Gruppe Studentlocalism an, die sich für Hongkongs Unabhängigkeit einsetzt. Sie stellte ihre Aktivitäten in Hongkong ein, kurz bevor das Sicherheitsgesetz am 30.06.20 in Kraft trat, und ist nun von den USA, Australien und Taiwan aus aktiv. Am selben Tag wie Chung wurden zwei weitere ehemalige Aktivisten von Studentlocalism, Yanni Ho und William Chan, festgenommen. Alle drei waren bereits im Juli 2020 zusammen mit einer weiteren Person vorübergehend festgenommen worden. Ihnen wird u.a. vorgeworfen, sich in sozialen Medien für die Unabhängigkeit Hongkongs ausgesprochen zu haben, was nach dem Sicherheitsgesetz strafbar ist. Ho und Chan wurden am 28.10.20 gegen Kautionsfreilassung.

### **Hongkong: Vertreter der Demokratiebewegung festgenommen**

Sieben der Demokratiebewegung angehörende Politiker, darunter mehrere Abgeordnete, wurden am 01.11.20 festgenommen, ein weiterer Abgeordneter am 02.11.20. Zu den Festgenommenen zählt der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Wu Chi-Wai. Sie werden beschuldigt, am 08.05.20 eine Sitzung des Legislativrats (Parlament) gestört zu haben. An dem Tag war es anlässlich der Wiederwahl der pekingtreuen Abgeordneten Starry Lee zur Vorsitzenden des Justizausschusses zu einem Tumult gekommen. Daran waren auch pekingtreue Abgeordnete beteiligt, die allerdings nicht belangt wurden.

## **Côte d'Ivoire**

### **Tote im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen**

Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen haben am 31.10.20 Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Zur Absicherung der Wahl sind laut Medienberichten rund 35.000 Soldaten mobilisiert worden. In der Wirtschaftsmetropole Abidjan seien die Straßen am Wahltag menschenleer und die Geschäfte geschlossen geblieben. In einigen anderen Städten sei es jedoch zu Zwischenfällen gekommen. Im Vorfeld der Wahl wurden der Nichtregierungsorganisation (NGO) Human Rights Watch (HRW) zufolge mehr als 20 Menschen getötet. Sie seien entweder durch politische Gewalt oder Gewalt zwischen Bevölkerungsgruppen ums Leben gekommen. Sicherheitskräfte hätten mehrmals Proteste der Opposition mit Gewalt aufgelöst und Demonstranten festgenommen. Bei der Wahl bewirbt sich Präsident Alassane Ouattara um eine dritte Amtsperiode. Der 78-Jährige hatte im März 2020 zwar den Verzicht auf eine erneute Kandidatur verkündet, war dann nach dem überraschenden Tod seines designierten Nachfolgers erneut angetreten. Aus Protest hatten mehrere Oppositionskandidaten ihre Bewerbungen zurückgezogen und ihre Anhänger zu sogenanntem aktiven Boykott aufgerufen. Beobachtern zufolge steht der Wahlsieg von Amtsinhaber Ouattara nicht infrage. Mit der Verkündung des Ergebnisses wird in der laufenden Woche gerechnet.

## **DR Kongo**

### **Mindestens 21 tote Zivilisten bei Angriff der ADF**

In der Nacht vom 30.10.20 auf den 31.10.20 haben Angreifer der ugandischen Miliz Allied Democratic Forces (ADF) in der Ortschaft Lisasa, Region Beni in der Provinz Nord-Kivu (im Osten des Landes), Medienberichten zufolge mindestens 21 Zivilisten getötet. Laut einer NGO seien auch mehrere Personen entführt worden. Die ADF hatte zuvor Stellungen der Rebellengruppe Mai-Mai (alternative Schreibweisen Mayi-Mayi oder Mai-Mai) attackiert. Seit Oktober 2014 soll die ADF mehr als tausend Zivilisten in der Region Beni umgebracht haben.

## **DR Kongo / Burundi**

### **Kongolesische Armee vertreibt FNL-Kämpfer aus deren Hauptquartier**

Einem Agenturbericht zufolge verkündete der Armee-Sprecher für Süd-Kivu am 26.10.20, dass es den kongolesischen Soldaten gelungen sei, die burundische Rebellenmiliz Forces Nationales de Libération (FNL) aus ihrem Hauptquartier in der Demokratischen Republik Kongo zu vertreiben und dieses einzunehmen. Im Zuge der drei Tage dauernden Kämpfe in der Nähe der Grenze zu Burundi seien drei Soldaten und 27 FNL-Rebellen getötet worden; zahlreiche FNL-Kämpfer seien geflohen. Die FNL unter ihrem Anführer Alois Nzabampema gelten als stärkste burundische Rebellenmiliz, die in der DR Kongo aktiv ist. Im September 2020 begann die kongolesische Armee eine großangelegte Operation gegen drei im Osten des Landes aktive Rebellengruppierungen: die FNL, die laut Agenturmeldung National Resistance Council for Democracy (CNRD) und Red Tabara, einer ebenfalls burundischen Rebellengruppe, die von der DR Kongo aus zuletzt mehrere Angriffe auf burundischem Gebiet ausführte.

## **Georgien**

### **Regierungspartei gewinnt Parlamentswahlen**

Nach der Parlamentswahl vom 31.10.20 droht dem Land ein schwerer innenpolitischer Konflikt. Die Opposition erklärte am 01.11.20, das Wahlergebnis wegen Fälschungen nicht anzuerkennen, und forderte Neuwahlen. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission lag die Regierungspartei Georgischer Traum nach Auszählung fast aller Wahllokale mit 48,1 % der Stimmen vorne. Dahinter folgte demnach die größte Oppositionspartei Vereinte Nationale Bewegung mit 27,1 %. Mehr als 3,5 Millionen Menschen waren zu der Abstimmung aufgerufen. Die Wahlbeteiligung lag offiziellen Angaben zufolge bei 56,1 %.

Schon kurz nach Schließung der Wahllokale am Abend des 31.10.20 reklamierten beide politischen Lager den Wahlsieg für sich. Der Chef der Regierungspartei, der Multimilliardär Bidsina Iwanischwili, sagte georgischen Medien zufolge, seine Partei habe die Wahlen klar zum dritten Mal in Folge gewonnen. Der Georgische Traum war bereits aus den Abstimmungen in den Jahren 2012 und 2016 als Sieger hervorgegangen. Demgegenüber sprachen Vertreter der Opposition von einem Sieg der oppositionellen Parteien, angeführt von der wichtigsten Oppositionspartei Vereinte Nationale Bewegung. Am Nachmittag des 01.11.20 kam es bereits zu Protesten der Opposition. Hunderte Menschen versammelten sich vor dem Parlament in der Hauptstadt Tiflis und protestierten gegen den Ausgang der Parlamentswahl. Die Polizei sicherte das Gebäude ab und es gab keine Berichte über größere Zwischenfälle. Das Misstrauen der Opposition wurde auch deshalb verstärkt, da es relativ lange dauerte, bis die ersten offiziellen Ergebnisse vorlagen. Die internationalen Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sahen keine gravierenden Verstöße.

## **Guinea**

### **Präsidentchaftswahl**

Am 18.10.20 fand die Präsidentchaftswahl in Guinea statt. Bereits im Vorfeld war es zu Protesten gekommen, bei denen dutzende Menschen getötet worden waren. Die Wahlkommission hat Amtsinhaber Alpha Condé (RPG) zum Sieger erklärt. Laut vorläufigem Ergebnis soll Condé 59,5 % der Stimmen erhalten haben. Sein Herausforderer

Cellou Dalein Diallo (UFDG) habe 33,5 % der Stimmen erhalten. Nach der Wahl kam es erneut zu Unruhen und Gewalt, mindestens 14 Menschen sollen getötet worden sein.

## Indien

### COVID-19-Pandemie

Mittlerweile ist die Gesamtzahl der offiziell registrierten COVID-19-Infektionen in Indien auf mehr als acht Millionen angestiegen. In der vergangenen Woche wurden laut Zahlen des indischen Gesundheitsministeriums vom 29.10.20 täglich ca. 50.000 Neuinfektionen erfasst. Insgesamt zeige der Trend aber einen Rückgang der täglich neu gemeldeten positiv getesteten Fälle.

### Kaschmir: Umstrittenes Gesetz zum Erwerb von Land in Kraft getreten

Am 27.10.20 trat im indischen Unionsterritorium Jammu und Kaschmir ein Gesetz in Kraft, das es auch nicht einheimischen Personen ermöglicht, dort Land zu erwerben.

Am 31.10.20 kam es aus Protest gegen das umstrittene Gesetz zu einem Generalstreik. Geschäfte und Betriebe wurden geschlossen. Die meisten Einwohner blieben zu Hause.

### Kaschmir: Drei BJP-Mitglieder erschossen

Im Distrikt Kulgam wurden am 29.10.20 drei Mitglieder der hindunationalistischen Bharatiya-Janata-Partei (BJP) in ihrem Auto erschossen. Nach Behördenangaben sollen Separatisten, die für ein autonomes Kaschmir kämpfen, für die Taten verantwortlich sein.

## Irak

### Sicherheitsoperation gegen IS-Kämpfer

Bei der jüngsten Sicherheitsoperation gegen Kämpfer des IS haben kurdische Peshmerga, unterstützt von der US-geführten Koalition, auf dem Berg Qarachogh, außerhalb des Bezirks Makhmour, südlich von Erbil, 13 Höhlen durchsucht, die vermutlich von IS-Kämpfern als Verstecke genutzt wurden. Einzelheiten der Operation wurden nicht bekannt.

### Anschläge von IS-Kämpfern

Der IS hat seine Terroranschläge in den umstrittenen Gebieten der Provinzen Diyala und Kirkuk verstärkt. So griffen am Abend des 29.10.20 IS-Kämpfer eine Stellung der Hashd al-Shaabi (Popular Mobilization Unit) im Distrikt Khanaqin, Provinz Diyala, an. Bei der bewaffneten Auseinandersetzung wurden mindestens zwei Angehörige der Hashd al-Shaabi verletzt. Die IS-Kämpfer konnten fliehen. Ebenfalls in der Provinz Diyala, in der Stadt Miqdadiya, griffen IS-Kämpfer am Abend des 27.10.20 den Stamm der Bani Kaab an und töteten einen Stammesführer und vier seiner Familienangehörigen. Mindestens zwei weitere Personen wurden verletzt.

### Anti-Regierungsproteste

Am 01.11.20 kam es erneut zu Anti-Regierungsprotesten. In Bagdad forderten die Demonstranten die Auflösung der Regierung und des Parlaments. Ähnliche Demonstrationen wurden auch aus Karbala und Basra gemeldet. In Basra ist es dabei zum Einsatz von Tränengas seitens der irakischen Sicherheitskräfte gekommen. Dabei wurden zehn Demonstranten verletzt.

## Iran

### Tod durch Polizeigewalt

Die öffentliche Misshandlung mit Todesfolge eines Iraners durch Polizisten in der Stadt Mashhad sorgte landesweit für Proteste in den sozialen Medien. In einem Video, das sich am 25.10.20 im Netz verbreitete, ist zu sehen, wie der Mann mehrfach mit einem Elektroschocker und Pfefferspray misshandelt wird. Er soll nach Angaben seiner Familie daraufhin im Polizeiwagen beim Transport zur Polizeidienststelle gestorben sein. Laut Medienberichten wurde eine

gerichtliche Untersuchung des Falles angeordnet. Die iranische Nachrichtenagentur Fars News Agency (FARS, den Pasdaran nahestehend), veröffentlichte am 25.10.20 Videoaufzeichnungen einer Überwachungskamera, die die Szene zeigen soll. Die Veröffentlichung von Aufnahmen entsprechender Szenen der Gewaltanwendung durch die iranische Polizei ist keine Seltenheit. Sie sollen der Abschreckung dienen. Ebenso häufig wird über Folter in Untersuchungshaft berichtet. Es gab dabei bereits mehrfach Todesfälle.

#### **Haftentlassung von Menschenrechtsaktivist auf Kaution**

Der Gründer der Wohltätigkeitsorganisation Imam Ali's Popular Students Relief Society, Harmin Meymandi-Nejad, kam am 27.10.20 gegen Kaution aus der Untersuchungshaft frei. Das berichtet die Organisation auf Twitter. Die Kautionshöhe betrug umgerechnet ca. 55.000 EUR.

#### **Parlamentspräsident in Quarantäne**

Der iranische Parlamentspräsident Mohammed Bagher Ghalibaf hat sich vergangene Woche nach einem positiven Corona-Test in häusliche Quarantäne begeben. Dies gab der 58-Jährige über Twitter bekannt. Medienberichten zufolge arbeiten in der Hauptstadt Teheran bereits mehr als 50 % der Beamten im Homeoffice. Wegen anhaltend steigender Fallzahlen mussten in mehreren Großstädten Irans erneut Lockdowns eingeführt werden.

#### **Gründer iranischer Videoplattform verurteilt**

Der Gründer der landesweit bekannten Video-Plattform Aparat, Mohammad-Javad Shakuri-Moghadam, wurde laut Medienberichten zu zehn Jahren Haft wegen „Anstiftung zur Korruption“ verurteilt. Hintergrund ist ein im Jahr 2019 durch einen Nutzer veröffentlichtes Video, in dem Kinder gefragt wurden, ob sie wüssten, wie sie geboren werden. Laut BBC wurden sieben weitere Personen in dem Fall angeklagt und jeweils zu elf Jahren Haft wegen „Veröffentlichung vulgärer Inhalte“ verurteilt. Shakuri-Moghadam, der noch vor zwei Jahren eine Ehrenmedaille der Regierung als Top-Unternehmer des Landes erhielt, kann das Urteil noch anfechten.

## **Jemen**

#### **Rekordhohe Zahlen von unterernährten Kinder**

Eine neue Studie über Unterernährung in Distrikten im südlichen Jemen hat ergeben, dass Teile des Landes die höchsten Unterernährungsraten bei Kindern, insbesondere bei denen unter fünf Jahren, seit Ausbruch des Krieges zu verzeichnen haben. Mehr als eine halbe Millionen Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt, wobei fast 100.000 von ihnen einem hohen Risiko ausgesetzt sind, zu sterben, wenn sie nicht bald entsprechend behandelt werden. In den am schlimmsten betroffenen Gebieten (Teile der Gouvernements Abyan, Lahij, Taizz und Hodeida) ist eines von vier bzw. eines von fünf Kindern akut unterernährt. Seit Monaten warnen die Vereinten Nationen (UN) davor, dass eine Hungersnot ausbrechen könnte, wenn nicht weitere Mittel für Hilfsprojekte bereitgestellt werden.

#### **Angriff auf Krankenhaus**

Am 24.10.20 wurde ein Krankenhaus in Taizz angegriffen. Zwei Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden verletzt, die Einrichtung wurde beschädigt. Die jemenitische Regierung beschuldigte die Houthis, für den Angriff verantwortlich zu sein. Seit Ausbruch des Krieges wurde über eine Reihe von Angriffen auf Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen berichtet.

#### **Hochrangiger Houthi-Beamter getötet**

Der Houthi-Minister für Jugend und Sport wurde am 27.10.20 in seinem Auto erschossen. Seine Tochter, die ebenfalls im Auto saß, wurde schwer verletzt. Niemand hat die Verantwortung für den Anschlag übernommen, aber die Houthis beschuldigen die saudi-arabisch geführte Koalition, hinter dem Anschlag zu stehen.

#### **COVID-19-Pandemie**

Eine neue Studie hat mit Hilfe von Satellitenbildern die Anzahl der Coronavirus-Todesfälle in Aden untersucht. Die Auswertung von Satellitenaufnahmen der Friedhöfe in der Stadt ergab, dass die tatsächliche Zahl der Coronavirus-Todesfälle viel höher sein muss, als die von der Regierung gemeldete Zahl von etwa 600 Personen. Die Regierung hatte zuvor erklärt, dass sie die Zahl der durch den Virus Verstorbenen offen kommuniziere.

Die Houthis, die den nördlichen Jemen kontrollieren, haben seit Monaten keine Zahlen mehr über Infizierte und Tote gemeldet.

## **Kamerun**

### **Angriff auf Schule**

Am 24.10.20 sind bei einem bewaffneten Angriff auf eine Schule in der Stadt Kumba, die in der anglophonen Region Südwest liegt, sieben Kinder getötet und 12 verletzt worden. Bewaffnete Kämpfer sollen am Morgen die Mother Francisca International Bilingual Academy gestürmt haben und das Feuer auf die Kinder eröffnet haben. Bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.

## **Kenia**

### **Langjährige Hafstrafen wegen Terrorangriff auf Einkaufszentrum**

Sieben Jahre nach dem Terrorangriff auf das Westgate-Einkaufszentrum in der Hauptstadt Nairobi sind zwei Angeklagte wegen ihrer Mittäterschaft zu Haftstrafen von 33 und 18 Jahren verurteilt worden. Bereits vor drei Wochen waren beide schuldig gesprochen worden, die Angreifer unterstützt zu haben (vgl. BN v. 12.10.20). Prozessbeginn war im Januar 2014.

Bei dem Anschlag durch die al-Shabaab am 21.09.13 starben 67 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Die Islamisten hatten das Einkaufszentrum gestürmt und mehrere Tage lang besetzt gehalten. Bei dem Einsatz der Sicherheitskräfte wurden die Attentäter getötet.

## **Kosovo**

### **Budgetentwurf 2021 vor dem Hintergrund von COVID-19-Pandemie und eines Finanzskandals**

Das Kabinett beschloss am 30.10.20 den Haushaltsentwurf für 2021, der nun dem Parlament zugeleitet wird. Laut Medienbericht sinkt der Etat gegenüber 2020 um fast 200 Millionen auf rund 2,4 Milliarden Euro. Die Finanzministerin Hykmete Bajrami setzte entgegen den Wünschen verschiedener Ministerien die Kürzung durch und verwies auf die ungewisse Grundlage vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie. Bajrami steht derzeit im Mittelpunkt eines Finanzskandals. Angehörige ihres Ministeriums sollen mit den Mitteln der Cyberkriminalität 2,07 Millionen Euro entwendet haben. Das Geld sei aus dem Budget des Infrastrukturministeriums an die Privatfirma LDA Group gegangen; die Eigentümer der Firma seien untergetaucht. Ein Mitarbeiter des Finanzministeriums wurde verhaftet. Bajrami gab am 30.06.20 bekannt, 560.000 Euro des entwendeten Geldes habe auf verschiedenen Konten eingefroren werden können. Die Oppositionspartei Demokratische Partei Kosovos (PDK) verlangte den Rücktritt der Finanzministerin.

## **Libanon**

### **Explosionskatastrophe und Ermittlungen**

Am 28.10.20 wurden insgesamt fast 700 Klagen im Zusammenhang mit der Explosionskatastrophe in Beirut gebündelt durch die örtliche Anwaltskammer eingereicht. Es handelt sich dabei um die erste Welle solcher Klagen, insgesamt sollen nach Angaben der Kammer mehr als 1.400 vorbereitet werden.

Am 29.10.20 berichtete Al Jazeera unter Berufung auf Quellen aus dem Justizapparat, dass die Ermittlungen im Zusammenhang mit der Explosionskatastrophe beendet worden seien, ohne die Verantwortung von hochrangigen Politikern und Beamten zu berücksichtigen. Die Anklage konzentrierte sich auf Personen mittleren und niedrigeren Ranges.

## Libyen

### **Weitere Massengräber in Tarhuna entdeckt**

In der Stadt Tarhuna haben die Behörden vier weitere Massengräber entdeckt, nachdem bereits Mitte Juni 2020 acht Massengräber in und um die Stadt gefunden wurden (vgl. BN v. 15.06.20). Die genaue Anzahl der sich in den Gräbern befindlichen Personen ist noch unklar; einige von ihnen zeigten jedoch Spuren von Gewalteinwirkung. Tarhuna war bis zur Einnahme durch Truppen der Regierung der nationalen Einheit (GNA) Anfang Juni 2020 von der Kani-Miliz, die mit General Khalifa Haftar eine Allianz eingegangen war, kontrolliert worden. Die GNA erließ nun einen Haftbefehl gegen die Anführer der Kani-Miliz.

## Marokko

### **Begnadigungen zum Eid Al Mawlid Annabawi Fest**

Zum Fest der Geburt des Propheten Mohammed hat König Mohammed VI. 931 Personen begnadigt. Die Strafen wurden erlassen, verkürzt oder umgewandelt. König Mohammed VI. spricht regelmäßig zu Feiertagen Begnadigungen aus.

## Mosambik

### **Regierung: Sicherheitskräfte töten 108 Rebellen**

Agenturmeldungen zufolge verlautbarte der Chef der Polizei des Landes am 29.10.20, dass bei einem Einsatz in der Provinz Cabo Delgado (Nordosten des Landes) 108 Rebellen von Sicherheitskräften getötet wurden. Ob auch Sicherheitskräfte oder Zivilisten umgekommen sind, wurde nicht bekannt. Innenminister Amade Miquidade hatte am Vortag dem Parlament angekündigt, die Armee rücke auf eine zentrale Basis von Terroristen im dichten Wald des Distrikts Mocimboa da Praia vor. Die Basis werde von den Terroristen „Syrien“ genannt; mehrere ihrer Anführer seien ausländisch. Der Konflikt in Cabo Delgado habe 435.000 Menschen vertrieben, davon allein 100.000 im vergangenen Monat. Miquidade räumte gleichzeitig die Kooperation mit privaten Söldnerunternehmen zum Schutz der Projekte zur Herstellung von Flüssiggas (LNG) an der Küste ein und verteidigte diese.

Am 24.08.20 hatte der französische Energiekonzern Total das Abschließen eines Memorandum of Understanding mit der mosambikanischen Regierung betreffend die Sicherheit des LNG-Projekts in Afungi (Distrikt Palma, Provinz Cabo Delgado) verkündet.

Cabo Delgado gilt wie die anderen Provinzen des Nordens auch im Landesvergleich als arm, jedoch befinden sich vor seiner Küste große Erdgasvorkommen. Die Infrastruktur ist wenig ausgebaut. Experten zufolge hat die Rebellion in Cabo Delgado ihre Ursachen in den Missständen vor Ort; sie wird aber zunehmend zu einer islamistischen Gruppierung mit Verbindungen zum IS. Die Milizen selbst sollen sich al-Shabaab nennen; bei anderen Angriffen wurde auch Ahlu Sunnah Wa-Jama als Name genannt (vgl. BN v. 18.11.19, 30.03.20, 27.04.20, 04.05.20 und 17.08.20). Seit ihrem Auftreten im Jahr 2017 sollen die Milizen nach Zählungen der Nichtregierungsorganisation (NGO) Armed Conflict Location & Event Data (ACLED) für mehr als 600 Angriffe verteilt auf zehn der 17 Distrikte der Provinz verantwortlich sein. ACLED hat dabei mehr als 2.000 Tote, davon mindestens 1.100 Zivilisten, dokumentiert.

## Nicaragua

### **Gesetz gegen Cyberkriminalität verabschiedet**

Das Parlament verabschiedete am 27.10.20 ein umstrittenes Gesetz gegen Cyberkriminalität. Nach dem Gesetz kann die Verbreitung falscher Nachrichten in elektronischen Medien mit bis zu vier Jahren Haft geahndet werden. Die Opposition befürchtet, dass dadurch regierungskritische Berichte in sozialen Medien unterbunden werden sollen.

## **Nigeria**

### **Kein Massenprozess wegen Homosexualität**

Laut Medienberichten hat ein Richter am 27.10.20 einen Fall abgewiesen, in dem 47 Männer wegen der Erfüllung eines Straftatbestands der nigerianischen Anti-Homosexuellen-Gesetzgebung vor Gericht standen. Konkreter Grund für die Abweisung sei das Nichterscheinen der Staatsanwaltschaft vor Gericht gewesen. Der Staatsanwaltschaft sei es nicht gelungen, Zeugen zu benennen. Nach nigerianischem Recht könnte der Fall zu einem späteren Zeitpunkt wiederaufgenommen werden. Die Männer waren 2018 bei einer Razzia in einem Hotel in Lagos festgenommen worden. Polizeibeamte schilderten, die Männer seien in einen Verein Homosexueller aufgenommen worden. Diese beteuerten, es habe sich um eine Geburtstagsfeier gehandelt.

## **Nordmazedonien**

### **Anti-Diskriminierungsgesetz verabschiedet**

Einem Medienbericht zufolge verabschiedete das Parlament am 27.10.20 mit den Stimmen der Regierungsmehrheit das Anti-Diskriminierungsgesetz. Im Gegensatz zum Vorgängergesetz ist nun auch Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung verboten. Das Gesetz war 2019 bereits einmal verabschiedet worden, doch im Mai 2020 aus formalen Gründen vom Verfassungsgericht aufgehoben worden. LGBTI-Organisationen hatten mit Verärgerung auf das Urteil reagiert. Der NGO-Zusammenschluss Network Against Discrimination kritisierte am neuerlich verabschiedeten Gesetz, dass die Vorschriften zum Wahlverfahren der Antidiskriminierungskommission nicht ausreichend transparent und inklusiv seien. Das Helsinki-Komitee begrüßte den Parlamentsbeschluss, wies jedoch auf die Eiligkeit der Bildung einer neuen, unabhängigen und professionellen Antidiskriminierungskommission zur Umsetzung des Gesetzes hin.

## **Pakistan**

### **COVID-19-Pandemie**

Nach offiziellen Zahlen vom 30.10.20 wurden in der vergangenen Woche im Mittel täglich mehr als 1.000 COVID-19-Neuinfektionen registriert. Dabei habe es sich um den höchsten Wert seit Juli 2020 gehandelt. Nach Mitteilung der Regierung würden Maßnahmen zur Eindämmung des Virus verschärft. In allen größeren Städten seien Öffnungszeiten der Geschäfte eingeschränkt und als Hotspots identifizierte Gegenden abgeriegelt worden.

### **Protestaktion gegen Zwangsverheiratungen**

Am 24.10.20 fand als Reaktion auf den Vorfall einer zwangsverheirateten 13-jährigen Christin in der Provinz Sindh eine Protestaktion gegen Zwangsverheiratungen vor dem Presseclub in Karachi statt, an der Christen, Muslime und Hindus gleichermaßen teilnahmen. Nach Angaben der Familie sei das Mädchen am 13.10.20 als vermisst gemeldet und wenige Tage später zum Islam konvertiert mit einem 44-jährigen Mann verheiratet worden. Die von einer christlichen Hilfsorganisation für die Familie beauftragte Anwältin hat am 28.10.20 eine Anhörung vor dem Sindh High Court in Karachi erwirkt. Dieser sei anschließend allerdings der Auffassung gewesen, Konversion und Heirat seien freiwillig erfolgt.

Seit 2014 gibt es in Pakistan ein Gesetz zur Beschränkung der Kinderheirat, das auch gerichtliches Vorgehen gegen vergleichbare Vorfälle ermöglicht. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Bewegung für Solidarität und Frieden würden in Pakistan jährlich ca. 1.000 christliche und hinduistische Frauen und Mädchen zwangskonvertiert und anschließend verheiratet.

### **Klerikerrat genehmigt Bau von Hindu-Tempel**

Am 28.10.20 gab der die Regierung in religiösen Fragen beratende staatliche Klerikerrat seine Zustimmung zum Bau eines neuen Hindu-Tempels in der Hauptstadt Islamabad. Die Regierung von Premierminister Imran Khan hatte den Bau des Tempels aufgrund von Drohungen religiöser Fundamentalisten in der Hauptstadt Islamabad im Juni 2020 gestoppt und dem Rat die Frage zur Entscheidung vorgelegt.

## Somalia

### **Al-Shabaab erhebt mehr Steuern als die Regierung**

Eine neue Studie hat ergeben, dass al-Shabaab monatlich etwa 15 Millionen USD an Steuereinnahmen generiert und damit mehr als die somalische Regierung. Menschen und Unternehmen müssen in der Regel sowohl an al-Shabaab als auch an die Regierung Steuern abführen. Auch Regierungsbeamte und Militäroffiziere zahlen Steuern an die Gruppe. Dem Bericht zufolge zahlen die Menschen aus Angst vor Bedrohung durch al-Shabaab.

### **Social-Media-Star nach Mogadischu abgeschoben**

Ein Gericht in Somaliland entschied, dass ein Social-Media-Star, der verhaftet worden war, weil er aus einer mit der somalischen Flagge dekorierten Tasse Tee getrunken hatte, nach Mogadischu abgeschoben werden sollte. Er hatte fast zwei Monate im Gefängnis von Hargeisa verbracht, bevor er freigelassen und abgeschoben wurde. Somaliland beansprucht seit 1991 die Unabhängigkeit von Somalia, und Menschen, die gegenüber der Regierung in Mogadischu Sympathie gezeigt haben, wurden in der Vergangenheit verhaftet.

### **Möglicher IS-Angriff in Mogadischu**

Der Ableger des IS in Somalia bekannte sich zu einem Angriff in Mogadischu am 27.10.20, bei dem mindestens drei Soldaten verletzt wurden. Der Angriff wurde von anderen Quellen bisher nicht bestätigt. Angriffe des IS in Mogadischu sind relativ selten. Die Gruppe greift in der Regel Militär- und Regierungspersonal an.

## Syrien

### **Idlib: Dutzende Tote bei Luft- und Artillerieschlägen**

Berichten der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) zufolge kamen am 26.10.20 bei einem Luftangriff auf ein Trainingslager von Rebellen 78 Kämpfer ums Leben. 90 weitere sollen verwundet worden sein. Bei dem Angriff, der durch Kampfflugzeuge Russlands oder des syrischen Militärs ausgeführt wurde, handelt es sich um den schwersten Zwischenfall seit Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens vom März dieses Jahres.

Das beschlossene Trainingslager soll der Dschihadistenmiliz Faylaq al-Sham zuzuordnen sein. Die Gruppierung wurde im März 2014 gegründet und hält heute noch großen Einfluss in der letzten Rebellenhochburg in und um Idlib. Faylaq al-Sham ist Beobachtern zufolge besonders für die umfangreiche Rekrutierung und das Entsenden neuer Kämpfer in die Kriegsgebiete Libyen und Südkaukasus bekannt, wo syrische Männer von der Türkei als Söldner eingesetzt werden.

Bei einem koordinierten Vergeltungsangriff durch die Rebellen am 27.10.20, bei dem hunderte Artilleriegeschosse in unter Regierungskontrolle stehende Teile Idlibs und Aleppos gefeuert wurden, sollen SOHR zufolge zwölf Angehörige der Regierungstruppen ums Leben gekommen sein.

### **Türkei droht mit erneuter Militärintervention**

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan kündigte am 28.10.20 in einer Rede vor dem Parlament an, man würde zusätzliche Truppen nach Nordsyrien entsenden, wenn die Volksverteidigungseinheiten (YPG) sich nicht von der Grenze zurückziehen würden.

Mit Verweis auf den schweren Luftschlag in Idlib vom 26.10.20 sagte Erdoğan, Russland habe kein Interesse an einem dauerhaften Frieden in der Region. Erst Tage zuvor waren außerdem zwei mutmaßlich kurdische Kämpfer von Nordsyrien in die türkische Provinz Hatay gelangt, wo sie in Kämpfe mit der türkischen Polizei verwickelt wurden und einer der beiden eine Bombe zündete, die ihm selbst das Leben kostete.

## Tadschikistan

### **Fünfte Amtszeit für Präsident Rahmon**

Präsident Emomalij Rahmon wurde am 30.10.20 offiziell in seine fünfte Amtszeit eingeführt, die sieben Jahre beträgt. Behördlichen Angaben zufolge setzte er sich bei der Präsidentschaftswahl am 11.10.20 mit 90,9 % der Stimmen gegen vier Mitbewerber durch. Diese waren in der Bevölkerung wenig bekannt und gehörten

regierungsnahen Parteien an. Medien berichteten über Wahlfälschungen. Rahmon übt das Präsidentenamt seit 1994 aus.

## Tansania

### **Magufuli gewinnt Präsidentschaftswahl**

Nach Angaben der Nationalen Wahlkommission haben bei den Präsidentschaftswahlen am 28.10.20 rund 84 % der Wähler für den Amtsinhaber John Magufuli gestimmt, 13 % votierten für seinen größten Herausforderer Tundu Lissu von der Chadema-Partei (Partei für Demokratie und Fortschritt). Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 50 %. Lissu kündigte an, seine Partei werde das Ergebnis nicht akzeptieren, da es sich um Wahlbetrug handele. Es soll u.a. zu Gewalt gegen und Inhaftierungen von Oppositionellen gekommen sein, denen zudem der Zugang zu Wahllokalen verweigert worden sei. Auch die US-Botschaft erklärte, dass es bei der Wahl „glaubwürdige Vorwürfe wegen erheblichen Wahlbetrugs und Einschüchterung“ gegeben habe. Landesweit wurden am Wahltag Online-Dienste wie WhatsApp und Twitter blockiert. Tansania gilt als stabiles Land, die Regierungsführung von Magufuli ist aber im In- und Ausland zunehmend in die Kritik geraten.

Die Chama-Cha-Mapinduzi (CCM - Partei der Revolution) von Magufuli stellt mit Hussein Ali Mwinyi auch den Präsidenten im halbautonomen Sansibar. Er erhielt rund 76 % der Stimmen. Nach Oppositionsberichten hätten Sicherheitskräfte gezielt auf Demonstranten geschossen, die versucht hätten, die Armee daran zu hindern, Wahlurnen mit bereits ausgefüllten Stimmzetteln zu verteilen. Mindestens fünf Personen seien dabei erschossen worden.

## Türkei

### **COVID-19-Pandemie: Erneute Reisewarnung**

Die Deutsche Bundesregierung setzt die Reisewarnung für die ganze Türkei wegen der COVID-19-Pandemie zum 09.11.20 wieder in Kraft. Eine seit Anfang August 2020 geltende Ausnahmeregelung für die vier Urlaubsregionen am Mittelmeer läuft damit aus. Als Grund wird angeführt, dass die Türkei nur noch Coronafälle an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) meldet, in denen Infizierte Krankheitssymptome aufweisen, was nicht den geltenden WHO-Richtlinien entspreche, da eine erhebliche Zahl von Infizierten auf diese Weise nicht erfasst würden.

Grund dafür ist eine Äußerung des türkischen Gesundheitsministers Fahrettin Koca, der am 30.09.20 eingeräumt hatte, dass bereits seit Ende Juli 2020 nur die Infizierten mit Symptomen als Coronafälle gemeldet würden (vgl. BN v. 19.10.20). Die türkische Regierung sei aufgefordert worden, die Veröffentlichung der Daten wieder an internationale Standards anzupassen. Dies ist bisher noch nicht erfolgt, so dass eine verlässliche Bewertung des tatsächlichen Infektionsgeschehens in der Türkei derzeit nicht möglich sei.

### **Haftstrafe für Mitarbeiter des US-Generalkonsulats**

Ein türkisches Gericht verurteilte nach Medienberichten am 27.10.20 den türkischen Lokalbeschäftigten des US-Generalkonsulats in Istanbul, Nazmi Mete Cantürk, zu fünf Jahren und zwei Monaten Haft wegen bewusster Unterstützung der in der Türkei als Terrororganisation eingestuften Gülenbewegung (FETÖ). Seine ebenfalls mitangeklagte Ehefrau und Tochter seien hingegen freigesprochen worden, die bestehende Ausreiseperrre gelte für beide jedoch fort. Die Staatsanwaltschaft habe ursprünglich für die drei Angeklagten jeweils bis zu 15 Jahre Haft wegen Mitgliedschaft in einer bewaffneten Terrororganisation gefordert. Cantürk bestritt den Kontakt und jede Verbindung zur FETÖ.

### **Razzia gegen Linksextremisten**

Türkische Einsatzkräfte gingen am 29.10.20 gegen mutmaßliche Mitglieder der linksextremen Organisation Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) vor, die in der Türkei als Terrororganisation eingestuft ist. Dabei seien nach Medienberichten 93 Personen in zwölf Provinzen festgenommen worden. Insgesamt bestünden Festnahmeanordnungen für 120 Menschen. Die Festgenommenen sollen hohe Posten in der Organisation

innehaben, ihnen werde unter anderem vorgeworfen, Anschläge geplant zu haben. Bei der Operation seien zudem große Mengen von Dokumenten sichergestellt worden.

## **Ukraine**

### **Auflösung des Verfassungsgerichts**

Das Verfassungsgericht entschied am 27.10.20, dass die entscheidenden Befugnisse der Nationalen Behörde für die Prävention von Korruption (NASK), darunter die Erstellung für von jedermann abrufbarer Vermögenserklärungen, verfassungswidrig seien. Die strafrechtliche Verfolgung von Falschangaben in der Vermögenserklärung sei unverhältnismäßig. Das Urteil kann nicht mehr angefochten werden. Der Chef der NASK, Olexander Nowikow, erklärte daraufhin, das Gericht habe alle Instrumente gegen die Korruption abgeschafft, die die Ukraine seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 entwickelt habe. Präsident Selenski will daher das Verfassungsgericht auflösen lassen und brachte im Parlament einen Gesetzentwurf zur Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in die Verfassungsjustiz ein. Am 29.10.20 teilte Selenskis Präsidialamt mit, der Präsident habe eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats einberufen, um über eine angemessene unverzügliche Reaktion des Staates auf neue Gefahren und Herausforderungen für die Sicherheit des Landes zu beraten. Das Staatsoberhaupt werde neue Gesetzentwürfe ausarbeiten und zügig dem Parlament zuleiten. In seinem Wahlkampf war der Kampf gegen die grassierende Korruption in der Ukraine ein zentrales Thema. Nach der Gerichtsentscheidung zogen Hunderte Menschen vor das Gerichtsgebäude in Kiew und demonstrierten für eine Aufrechterhaltung der Anti-Korruptionsmaßnahmen. Der Vorsitzende Richter des Verfassungsgerichts hingegen kritisierte das Vorhaben Selenskis als Verfassungsputsch.

## **Venezuela**

### **Verhaftung von Roland Carreño**

Der Journalist und Koordinator der Oppositionspartei Voluntad Popular (der auch Juan Guaidó angehört) Roland Carreño wurde in der Nacht des 26.10.20 von nicht uniformierten Personen verhaftet; seine beiden Begleiter wurden ebenfalls inhaftiert und kurz darauf freigelassen. Erst nach mehreren Tagen wurde bekannt, dass Carreño unter dem Vorwurf des Landfriedensbruchs und der Aufstachelung zum Aufstand festgenommen wurde und laut Staatsanwaltschaft eine AR-15 (ein Sturmgewehr) bei sich trug.

## **Weißrussland**

### **Andauernde Proteste gegen Präsident Lukaschenko**

Auch am vorigen Wochenende fanden Protestkundgebungen gegen Präsident Alexander Lukaschenko statt. In Minsk kamen dabei am 01.11.20 zehntausende Menschen zusammen. Medienberichten zufolge setzten Sicherheitskräfte Blend- und Lärmgranaten gegen Protestierende ein. Die Zahl der Teilnehmenden sei erheblich geringer gewesen als am 25.10.20, so die Menschenrechtsorganisation Wjasna. Mehr als 240 Personen seien festgenommen worden. Auch bei einem Protestzug hunderter Frauen durch Minsk am 31.10.20 habe es Festnahmen gegeben.